

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1502/12

Titel

Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 18.07.2012 zum TOP 6.1.2 (Drucksache 1445/12); hier: Berichterstattung

Öffentlichkeitsstatus

Stellungnahme

Über die Ergebnisse der Gespräche zwischen Stadt und Landespolizeiinspektion Erfurt (LPI) ist im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile zu berichten.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

- Seitens der LPI wurden vielfältige Kontakte zu Betroffenen und Anwohnern aufgenommen:
 - Der Leiter der LPI Erfurt führte am 31.07.2012 Gespräche mit Vertretern der Leitung und der Studenten der Uni Erfurt.
 - Der Stellvertreter des Leiters der LPI Erfurt sprach am 31.07.2012 mit der Leiterin des Kunsthouses Erfurt sowie am 23.08.2012 mit Anwohnern der Michaelisstraße anlässlich einer Bürgerversammlung in der Michaeliskirche.
 - Die LPI Erfurt wird sich weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Arbeit der örtlichen Initiative einbringen.
 - Am 06.09.2012 werden zwei Vertreter der LPI Erfurt an der Auftaktveranstaltung der LAP im Rathaus Erfurt teilnehmen.
- Zur Erhöhung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird die LPI Erfurt täglich, am Wochenende verstärkt durch Kräfte der Bereitschaftspolizei, unterstützt. Ergänzende Fußstreifen dieser Kräfte im Bereich der Altstadt sowie Streifen auf dem Petersberg sowie in den Wohngebieten der Stadt Erfurt führen zu einer spürbar erhöhten sichtbaren polizeilichen Präsenz und zur Verkürzung von Reaktionszeiten bei Notrufeingang. Offensive Kontrollen erhöhen zudem den polizeilichen Druck auf gewaltbereite und radikale Gruppen. Darüber hinaus wurden Anordnungen zur Intensivierung der Ermittlungstätigkeit bei Verdacht auf einen extremistischen Tatzusammenhang getroffen.
- Es werden verstärkt gemeinsame Gaststätten- und Jugendschutzkontrollen durch Bürgeramt, Jugendamt und Polizei durchgeführt.
- Der Stadtordnungsdienst des Bürgeramtes wird noch intensiver als bisher auf Graffiti und Aufkleber mit rechtsextremem Bezug kontrollieren.
- Das Thema wird in den kriminalpräventiven Rat eingebracht, um weitere präventiv wirkende Maßnahmen zu entwickeln.

Anlagen

□□□□□

gez. Peter Neuhäuser

Unterschrift Bürgeramt

05.09.2012

Datum

